NIEDERSCHRIFT Schul/013/2007

über die Sitzung **des Schul- und Sportausschusses der Stadt Billerbeck** am
25.10.2007 im **Lehrerzimmer der Don-Bosco-Hauptschule, An der Kolvenburg.**

Vorsitzender:

Herr Hans-Jürgen Dittrich

Ausschussmitglieder:

Herr Florian Heuermann
Herr Bernhard Kortmann
Herr Willi Krause
Herr Dr. Christian Köhler

Herr Thomas Tauber

Vertretung für Herrn
Martin Pfeiffer

Sachkundige Bürger gem. § 58 Abs. 3 GO NW:

Herr Jürgen Hövener
Frau Margarete Köhler
Frau Ursula Kratz

Sachkundige Bürgerin gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Frau Maggie Rawe

Beratende Mitglieder gemäß § 85 Abs. 2 Schulgesetz:

Frau Mechthild Gaußelmann
Frau Barbara van der Wielen

Vortragende Gäste:

Herr Wolfgang Albert
Herr Hubert Fels

Umweltlabor ACB, zu
TOP 1. ö. S.

Entschuldigt fehlen:

Frau Renate Langenheder
Herr Hans-Bernd Serries

Von der Verwaltung:

Frau Marion Dirks
Herr Jürgen Erfmann
Herr Hubertus Messing
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Birgit Freickmann

Schriftführerin

Beginn der Sitzung:

17:30 Uhr

Ende der Sitzung:

21:10 Uhr

Vor Beginn der Beratung im Lehrerzimmer wird eine Brandsimulation durchgeführt. Danach besichtigen die Ausschusssmitglieder unter Führung des Architekten Herrn Albert die neue Mensa, die neuen Stufenräume, den Werkraum, den Küchenbereich, das Schülercafe, die Lehrerarbeitsplätze im Kellerraum, den Kunstaktionsraum und den Computerraum.

Zu Beginn der Beratung im Lehrerzimmer stellt Herr Dittrich fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Dittrich weist darauf hin, dass die Tagesordnung um den Tagesordnungspunkt „6. Anfragen“ erweitert werden müsse, weil dieser Punkt versehentlich nicht auf die Tagesordnung genommen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Herr Dittrich schlägt vor, zu TOP 1. der öffentlichen Sitzung Frau Schmidt (Schulpflegschaftsvorsitzende), Herrn Girke (Lehrer der Hauptschule), Herrn Steinhorst (Lehrer der Hauptschule) und Frau Wobben (Lehrerin der Hauptschule und Mitglied der Projektgruppe) Rederecht einzuräumen.

Nach kurzer Diskussion, in der Frau Dirks deutlich macht, dass dieser Personenkreis Stellungnahmen abgeben und Fragen stellen, aber nicht mitdiskutieren dürfe, wird den o. a. Personen Rederecht eingeräumt.

Weiter führt Herr Dittrich aus, dass er im Vorfeld mit der Verwaltung besprochen habe, dass das Schreiben der Schulpflegschaftsvorsitzenden Frau Schmidt an die Bezirksregierung bzgl. der Entsorgung asbesthaltiger Lüftungsrohre der öffentlichen Sitzungsvorlage beigefügt wird. Das sei nicht erfolgt, das rüge er hiermit als Ausschussvorsitzender deutlich. Er bitte die Verwaltung, sich an Absprachen mit ihm zu halten.

Frau Dirks merkt an, dass dies keine Absicht, sondern ein Missverständnis gewesen sei. Verwaltungsseitig sei die Absprache so verstanden worden, dass die Sitzungsvorlage öffentlich werde und die weiteren Unterlagen nur den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Die Herstellung der Öffentlichkeit sei ihm wichtig gewesen, so Herr Dittrich, damit auch die Schüler, Eltern und Lehrer der Hauptschule informiert seien; abgesehen davon handele es sich nach der Gemeindeordnung nicht um einen Punkt, der in nichtöffentlicher Sitzung beraten werden müsse.

Herr Tauber fragt nach, ob die Anlagen denn nun öffentlich oder nichtöffentlich seien.

Um Schaden von der Verwaltung und der Schule abzuwenden, so Frau Dirks, sei es möglich, die Sitzungsvorlage öffentlich und weitere Unterlagen nur den Ratsmitgliedern zugänglich zu machen. Das bedeute aber nicht, dass die Unterlagen, die den Ratsmitgliedern zur Verfügung gestellt wurden, im Wortlaut öffentlich seien.

Frau Rawe bittet darum, den Schulentwicklungsplan als letzten Tagesordnungspunkt zu beraten, damit die drei Punkte, die die Hauptschule betreffen, zuerst und hintereinander abgehandelt werden können.

Herr Tauber sieht hierfür keine Notwendigkeit, der Schulentwicklungsplan sei der Grundstein, auf dem alles basiere, auch die folgenden Tagesordnungspunkte. Auch die übrigen Ausschussmitglieder sprechen sich für eine Beibehaltung der Tagesordnung aus.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Sanierung und Umbau der Hauptschule hier: Demontage asbesthaltiger Lüftungsrohre

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird Herr Fels vom Umweltlabor ACB begrüßt.

Zunächst stellt Herr Erfmann unter Bezugnahme auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage den chronologischen Ablauf der Demontage der asbesthaltigen Lüftungsrohre vor.

Dann erläutert Herr Fels im Rahmen einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1 zu dieser Niederschrift) die Asbestsanierung vom 08.03. – 17.03.07 in der Hauptschule, in der Materialproben, Raumluftuntersuchungen und Sedimentproben genommen worden seien. Hinsichtlich des chronologischen Ablaufes wird auf die Anlage 1 und die Sitzungsvorlage verwiesen. Herr Fels führt u. a. aus, dass ca. 70 lfdm. Kanalrohr entfernt worden seien, was in der TRGS 519 mit „Arbeiten geringen Umfanges“ bezeichnet werde und die von zugelassenen Unternehmen ausgeführt werden können. Optimalerweise seien die Lüftungsrohre nur ineinander gesteckt, manchmal aber auch verschraubt und in diesem Fall tlw. auch verklebt. Seien sie verklebt, könne man nur „zerstörungsarm“ arbeiten. Werde eine Maßnahme geringen Umfanges ausgeführt, müsse hinterher keine Faserfrei-Prüfung durchgeführt werden, sondern es reiche eine Sichtprüfung. Diese Variante sei nach der TRGS 519 möglich und sei auch gewählt worden. Hiergegen sei kein Einwand zu erheben.

Herr Tauber erkundigt sich, was man sich unter Asbestflusen vorstellen müsse und welche Gefahren von Asbest ausgingen.

Herr Fels führt aus, dass Asbestflusen, wenn sie durch Aufwirbelung in die Luft geraten auch eingeatmet und in die Lunge geraten können und damit eine Krankheit auslösen können. Wegen der Möglichkeit der Aufwirbelung seien auch die den Fachräumen vorgelagerten Räume überprüft worden.

Herr Kortmann fragt nach, an wie vielen Tagen die Schüler Zugang zu den kontaminierten Räumen hatten.

Herr Fels teilt mit, dass die Räume von Montag bis Donnerstag zugäng-

lich waren.

Herr Dr. Köhler wirft die Frage auf, ob man damit rechnen müsse, dass einerseits bei solchen Maßnahmen Asbest freigesetzt werde, aber auf der anderen Seite abschließend keine Reinigung in der Form erfolge, dass die Räume asbestfrei seien.

Herr Fels weist darauf hin, dass eine Fachfirma mit der Beseitigung der asbesthaltigen Lüftungsrohre beauftragt worden sei und man deshalb davon ausgehen müsse, dass eine ordnungsgemäße Arbeit abgeliefert werde. Es sei nicht üblich, dass ein Gutachter eingeschaltet werde, der Arbeiten geringen Umfangs kontrolliere. Gutachter würden üblicherweise erst dann eingeschaltet, wenn etwas passiert sei.

Herr Dittrich wirft die Frage auf, ob die Entsorgung durch das ausführende Subunternehmen in Ordnung und diese Firma kompetent gewesen sei.

Herr Fels stellt fest, dass sowohl der Hauptauftragnehmer als auch der Subunternehmer nach TRGS 519 zugelassen seien und man davon ausgehen konnte, dass sie ordnungsgemäß arbeiten.

Herr Dittrich fragt nach, ob die Arbeiten in Ordnung gewesen seien oder nicht.

Herr Fels antwortet, dass sie nicht in Ordnung waren.

Frau Köhler weist darauf hin, dass sich die Räume im Bereich der sensiblen Nutzung befänden und befragt Herrn Fels, ob es nicht üblich sei, bei sensiblen Räumen abschließend eine Messung durchzuführen, um sicherzustellen, dass keine Asbestfasern freigesetzt wurden.

Es sei nicht üblich, nach Abschluss von Arbeiten geringen Umfangs eine Freimessung durchzuführen, so Herr Fels.

Herr Dr. Köhler weist darauf hin, dass es nicht zusammenpasse, wenn auf der einen Seite nicht ausgeschlossen werden könne, dass Asbestfasern freigesetzt werden und auf der anderen Seite Restbruchstücke gefunden werden, die belastet sein können.

Herr Fels erläutert, dass der Sanierungsraum auch klein gewählt werden könne. Dann werde das Rohr eingepackt und in diesem Sack werde dann gearbeitet. Der Sack werde verschlossen, so dass keine Fasern entweichen können. Es könne auch der komplette Raum eingepackt werden. Wenn so gearbeitet worden wäre, hätte man auch keine Fasern gefunden.

Herr Tauber geht davon aus, dass doch sicherlich mit dem Unternehmen abgesprochen worden sei, wie vorgegangen werde. Herrn Fels befragt er, ob er vor der Sanierung beratend involviert gewesen sei.

Es komme häufiger vor, dass er hinzugezogen werde, so Herr Fels. Man

habe ihn gefragt, ob es sich um asbesthaltige Rohre handle oder nicht. Bei einer Besichtigung habe er dann festgestellt, dass sie asbesthaltig seien. Daraufhin habe er empfohlen, ein zugelassenes Unternehmen mit der Sanierung zu beauftragen, dann könne nichts passieren.

Herr Erfmann merkt ergänzend an, dass er nicht sicher gewesen sei, ob es sich um asbesthaltiges Material handle und er deshalb den Gutachter eingeschaltet habe, der die Beauftragung eines nach TRGS 519 zugelassenen Unternehmens angeregt habe. Danach sei er davon ausgegangen, dass alles seinen richtigen Gang nehme.

Zur Frage von Herrn Tauber, inwieweit die Abbruchmaßnahme mit dem Auftragnehmer vorbesprochen und abgestimmt worden sei, berichtet Herr Erfmann, dass dem Auftragnehmer eine Detailzeichnung vorlag und ihm bekannt gewesen sei, dass es sich um Asbestfaserrohre in einer Schule handle. Der Auftrag sei mit der Bedingung erteilt worden, dass die Arbeiten an einem Feiertag oder einem Wochenende und nach TRGS 519 durchgeführt werden müssen.

Herr Tauber bezieht sich auf den Hinweis, dass die Rohre unterschiedlich gesteckt gewesen sein sollen. Das sei ja für den Auftragnehmer für die Art der Demontage der Rohre von Belang. Da die Räume während der Arbeiten von Außenstehenden nicht betreten werden durften, könne man auch nicht sagen, ob die Kanäle tatsächlich mit Folie abgedeckt worden seien. Anschließend seien aber kleine Bruchstücke gefunden worden, obwohl angeblich Folien um die Kanäle gewickelt worden seien.

Herr Girke verweist auf die TRGS 519, wonach vorgeschrieben sei, dass die Arbeiten angezeigt und der Ablauf der Sanierungsmaßnahme und die getroffenen Vorkehrungen genauestens beschrieben werden müssen.

Herr Fels betont, dass es bei Arbeiten geringen Umfanges Erleichterungen gebe. Es sei Aufgabe des Auftragnehmers die Arbeiten bei der Bezirksregierung anzumelden.

Herr Girke macht darauf aufmerksam, dass Arbeiten geringen Umfanges dann vorlägen, wenn die Arbeitsdauer der Gesamtmaßnahme einschl. aller Nebenarbeiten vor Ort vier Stunden nicht überschreite. Er könne sich nicht erklären, dass diese Zeit bei einer Entsorgung von 70 lfdm eingehalten werden könne. Des Weiteren sei in der TRGS 519 festgehalten, dass das Unternehmen saugen müsse und feucht zu arbeiten habe.

Herr Fels hebt hervor, dass die TRGS auch noch eine andere Schwelle für Arbeiten geringen Umfanges beschreibe, nämlich eine Fläche von weniger als 100 qm. In diesem Fall handle es sich um 1 qm pro lfdm, also 70 qm.

Herr Girke unterstreicht, dass er keine feuchten Spuren vor Ort haben finden können. Feuchte Spuren entstünden durch das Einschlagen der Rohre mit feuchten Tüchern.

Herr Steinhorst stellt seinen Ausführungen voran, dass er zu Beginn die

Kooperation mit der Stadt als sehr offen erlebt habe. So habe es Treffen in der Schule gegeben, schließlich sei ein kleiner Kreis mit den Messergebnissen konfrontiert worden. Er habe ein gutes Gefühl gehabt. Problematisch für ihn sei die Zeit vorher. Anders als das hier gesagt worden sei, sei er am Freitagnachmittag von Herrn Girke angerufen worden, der ihn gefragt habe, ob er wisse, dass möglicherweise eine Belastung vorgelegen habe. Er habe Herrn Girke mitgeteilt, dass er davon nichts gewusst habe. Er habe die ganze Woche über die Räume genutzt. Deshalb bleibe bei ihm eine große Unsicherheit, weil er nicht wisse, ob er und die Schüler/innen mit Asbest belastet worden seien. Das habe dazu geführt, dass er nach Beratung mit dem Kollegium einen Antrag an die Bezirksregierung gestellt habe, dass dieser Vorgang als Dienstunfall in die Personalakten der Lehrer/innen aufgenommen wird. Er sei davon ausgegangen, dass daraufhin seitens der Bezirksregierung eine Überprüfung stattfinden werde, bis heute sei aber nichts passiert; die Unsicherheit bestehe immer noch.

Frau Rawe erkundigt sich, ob der Auftragnehmer nicht den Auftraggeber informieren müsse, wenn im Zuge der Ausführung der Arbeiten festgestellt werde, dass die Demontage nicht wie vorgesehen zerstörungsfrei erfolgen könne.

Herr Fels entgegnet, dass erfahrungsgemäß der Auftragnehmer den Auftraggeber sehr schnell informiere, wenn die Arbeiten nicht wie ausgeschrieben durchgeführt werden können, weil hierfür ein Nachtrag gefordert werde. Das „kontrollierte Wegknacken“ sei aber eine zugelassene Variante der Demontage.

Frau Rawe fragt noch einmal nach, ob der Auftraggeber über eine andere Art der Demontage hätte informiert werden müssen und ob der Auftraggeber die Chance habe, die Art der Demontage vorzugeben.

Herr Erfmann führt aus, dass er davon ausgegangen sei, dass die Rohre zerstörungsfrei demontiert werden können. Als festgestellt wurde, dass die Kanäle nicht völlig zerstörungsfrei demontiert werden können, sei er zur Hauptschule gefahren. Mitarbeiter der Firma hätten ihn darauf hingewiesen, dass lt. TGRS die Kanäle auch gebrochen werden dürften. Hierbei würden kaum Fasern freigesetzt und die, die freigesetzt würden, würden sofort mit Restfaserbindemittel gebunden. Wie die Mitarbeiter der Firma letztlich die Arbeiten ausgeführt hätten, habe er nicht gesehen.

Herr Dittrich befragt Herrn Erfmann, ob er sich für kompetent genug halte, einzuschätzen, ob die Arbeiten einwandfrei durchgeführt wurden und wenn nein, ob er nicht meine, dass es sinnvoll gewesen wäre, erst zu kontrollieren, um zu verhindern, dass Lehrer und Schüler Asbestbelastungen ausgesetzt werden.

Herr Erfmann wirft ein, dass er nach Abschluss der Arbeiten nichts festgestellt habe und bekanntlich im Nachhinein festgestellt wurde, dass die Arbeiten nicht ordnungsgemäß ausgeführt wurden. Außerdem müsse er auch nichts feststellen, da der Auftrag von einer Fachfirma erledigt wor-

den sei.

Herr Girke verweist auf die TGRS, wonach die Firma eine Aufsicht führende Person benennen müsse.

Es habe eine Aufsicht führende Person, die nicht mitgearbeitet habe gegeben, so Herr Fels. Ein Sicherheits- und Gesundheitsschutzbeauftragter müsse bei Arbeiten geringen Umfanges nicht bestellt werden.

Es könnte der Eindruck entstehen, dass seitens der Verwaltung etwas „vertuscht“ werde, so Frau Dirks. Deshalb weise sie mit Nachdruck darauf hin, dass die Verwaltung immer im Gespräch mit der Schule gewesen sei. Außerdem seien die Ratsmitglieder zeitnah in einer Sitzung über die nicht fachgerechte Ausführung der Arbeiten informiert worden. Die Verwaltung sei das Thema immer offen angegangen und habe alles getan, den Fehler zu beheben.

In dem Schreiben der Frau Schmidt an die Bezirksregierung gehe es auch um die Frage, ob seitens der Verwaltung den Betroffenen etwas vorenthalten wurde, so Herr Erfmann. Seitens der Verwaltung seien aber alle Informationen weitergegeben und auch die Elternpflegschaftsvorsitzenden informiert worden. Er habe sich gewundert, dass der Stein erneut ins Rollen gebracht worden sei. Frau Schmidt habe sowohl das Schreiben der Verwaltung an die Bezirksregierung als auch alle Gutachten nebst Anlagen erhalten. Darüber hinaus sei Frau Schmidt angeboten worden, über das Problem zu reden.

Herr Krause stellt fest, dass die Verwaltung ihren Verpflichtungen nachgekommen ist, indem sie eine Fachfirma mit entsprechender Zertifizierung beauftragt habe. Jetzt müsse überlegt werden, wie es weitergehe. Nach seiner Meinung sei die Bezirksregierung gefragt, die die Angelegenheit überprüfen müsse. Die Ausschussmitglieder als nicht Fachleute seien hierzu gar nicht in der Lage.

Herr Tauber macht deutlich, dass er das grundsätzlich genauso sehe. An vier Tagen habe es eine Kontaminierung gegeben, diesbezüglich müssten Antworten gegeben und Transparenz geschaffen werden. Die SPD-Fraktion sei sich ihrer Verantwortung bewusst gewesen, da sie bereits im Dezember vergangenen Jahres die Frage nach Asbest gestellt habe. Nun sei es an der Bezirksregierung, die das Verfahren neu aufrollen müsse.

Herr Hövener führt aus, dass die Fachfirma offensichtlich mangelhaft gearbeitet habe. Er fragt nach, ob die Firma gerügt worden sei und hieraus ggf. Ansprüche abgeleitet werden können.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass die Verwaltung von der Bezirksregierung aufgefordert worden sei, zu berichten. Das sei vor ca. einem halben Jahr auch geschehen. Das entsprechende Schreiben sei in die Vorlage eingearbeitet und den Ausschussmitgliedern damit bekannt. Außerdem sei der Kreis Coesfeld als Aufsichtsbehörde informiert worden. Bis heute liege keine Rückäußerung vor. Aufgrund des Schreibens der

Frau Schmidt an die Bezirksregierung werde die Verwaltung nun noch einmal eine Stellungnahme abgeben.

Auf Nachfrage von Herrn Tauber teilt Herr Mollenhauer mit, dass gegenüber der Fachfirma ein Schaden geltend gemacht worden sei. Dabei handele es sich aber nur um den materiellen Schaden. Die Klärung des gesundheitlichen Schadens sei nicht Aufgabe der Stadt, evtl. sei hier die Bezirksregierung gefragt oder jeder Einzelne müsse sich an die Fachfirma wenden.

Die Klärung sollte nicht jedem Einzelnen überlassen bleiben, sondern der Dienstvorgesezte sollte zumindest vorsorglich tätig werden, so Herr Tauber.

Herr Hövener stellt den Antrag, dass der Schul- und Sportausschuss die Ausführungen zu dem Thema zur Kenntnis nehmen sollte. Darüber hinaus sollte die Verwaltung die Bezirksregierung nachdrücklich um eine Klärung bitten. Wenn die Stellungnahme der Bezirksregierung vorliege, soll die Angelegenheit erneut auf die Tagesordnung genommen werden. Diesen Antrag stelle er aber solange zurück, bis hier alle Fragen beantwortet seien.

Herr Kortmann ergänzt den Antrag dahingehend, dass – falls noch nicht geschehen - auch die Fachfirma informiert werden soll, dass Mängel festgestellt und ein Schaden vorliegt.

Herr Erfmann weist darauf hin, dass dies der Fachfirma bereits bekannt sei.

Frau Rawe merkt an, dass die Bezirksregierung kurzfristig zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert werden sollte.

Herr Dittrich will wissen, ob Lehrer und Eltern entweder durch die Stadt oder die Schule unverzüglich und umfassend informiert wurden.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass engster Kontakt zur Schule bestanden habe, seitens der Verwaltung aber nicht die Eltern, sondern nur die Schule informiert worden sei.

Herr Messing ergänzt, dass die Schulpflegschaftsvorsitzende über den gesamten Sachverhalt informiert wurde.

Herr Girke weist darauf hin, dass an dem Tag, an dem Asbeststücke gefunden und der Raum mit Vertretern der Verwaltung besichtigt wurde, nicht gesperrt wurde. Erst am Tag danach, als das Gutachten vorab der Stadt per Mail zugeleitet wurde, sei gesperrt worden.

Frau Köhler fragt nach, ob die Schulpflegschaftsvorsitzende die Eltern hätte informieren müssen oder ob dies Sache der Verwaltung gewesen wäre.

Frau Dirks entgegnet, dass Ansprechpartner der Verwaltung die Schule

sei.

Zur Nachfrage von Herrn Dittrich wann informiert wurde, teilt Herr Messing mit, dass dies zum frühestmöglichen Zeitpunkt geschehen sei.

Frau Schmidt berichtet, dass sie die Information erhalten habe, dass asbesthaltige Lüftungsrohre demontiert wurden, aber keine Gefahr mehr bestehe. Diese Mitteilung habe sie nicht angezweifelt und damit sei für sie der Fall erledigt gewesen.

Herr Dittrich erkundigt sich, ob es richtig sei, dass das Ehepaar Wolters eine Reinigung der Böden der sanierten Räume vorgenommen habe. Herr Erfmann bestätigt, dass die Laufzonen gereinigt worden seien.

Frau Schmidt gibt dann eine generelle Stellungnahme zu ihrem Schreiben an die Bezirksregierung ab. Sie glaube, dass alles ordnungsgemäß geprüft und gereinigt worden sei. Das habe sie auch nicht angezweifelt. Ihr gehe es um die vier Tage, in denen die Räume kontaminiert waren. Nachdem sie Kontakt zur Schulleitung aufgenommen habe, sei sie von Frau Gaußelmann an den Schulträger verwiesen worden. Daraufhin habe sie mit Herrn Messing gesprochen und um Akteneinsicht gebeten, die ihr auch gewährt wurde. Zudem habe sie Unterlagen bei Herrn Erfmann abholen können. Man habe ihr versichert, dass keine Gefahr bestehe. Seitens der Mitarbeiter der Verwaltung seien ihr die Namen von Herrn Steinhorst und Herrn Girke genannt und darauf hingewiesen worden, dass diese mit dem Fall befasst seien. Dann habe sie Kontakt zu den beiden Lehrern aufgenommen und ihre Zweifel seien von ihnen bestätigt worden. In den Herbstferien habe sie mit sich gerungen, ob sie einen Brief an die Bezirksregierung schreiben solle oder nicht. Die Sache habe ihr schwer im Magen gelegen. Nun werfe ihr Herr Messing in dem Treffen der Konzeptgruppe vor, sie würde ihn persönlich an den Pranger stellen. Das habe sie in dem Schreiben nicht getan. Ihr liege es am Herzen, dass die Eltern durch Fachleute über evtl. gesundheitliche Folgen aufgeklärt werden. Dies sollte so schnell wie möglich geschehen, damit wieder Schulfrieden herrsche.

Herr Dittrich kann das Unwohlsein nachvollziehen, eine Aufklärung sei dringend erforderlich. Offensichtlich habe zeitweise eine Belastung bestanden. In dem Fall wäre es eigentlich selbstverständlich, die Eltern aufzuklären und eine Untersuchung in die Wege zu leiten.

Herr Fels entgegnet, dass umfangreiche Untersuchungen durchgeführt wurden.

Herr Girke weist darauf hin, dass der Raum „Privat“ nach der Demontage und vor der Sperrung von mehreren Gruppen genutzt wurde. Dabei seien die Tische im Werkraum auch von den Schülern im Rahmen der üblichen Nutzung abgefegt worden.

In den Räumen, in denen am ehesten gefegt worden sei, so Herr Fels, seien Sediment-Untersuchungen durchgeführt und keine Fasern festge-

stellt worden. Im Übrigen können immer und überall Fasern eingeatmet werden. Da wo gewerkt worden sei, seien keine Fasern gefunden worden, so dass davon ausgegangen werden könne, dass die Gefahr, Fasern aufgenommen zu haben, gering sei und nicht größer als wenn beim Aufenthalt im Freien Fasern aufgenommen werden.

Herr Girke schildert, dass auch er Proben entnommen habe. Der Schule sei am Freitag nicht bekannt gewesen, dass die Stadt durch das Umweltlabor ACB eine Messung durchführen lasse. Er habe Pinsel- und Staubproben von den Bereichen genommen, die nicht gewischt wurden, u. a. vom Schrank, den Fußleisten und vom Türrahmen. Die gefundenen freien, nicht gebundenen Fasern stelle er gerne zur Verfügung.

Herr Tauber stellt fest, dass viele Antworten geliefert worden seien. Sicherlich könne man eine Klärung nicht bis ins Letzte herbeiführen. Deshalb sollte man den Blick nach vorne richten und überlegen, was man für die Betroffenen tun könne. Er wolle wissen, wie die Bürgermeisterin und Frau Gaußelmann damit umgehen wollen.

Frau Dirks weist darauf hin, dass die Angelegenheit gemeinsam mit der Bezirksregierung geklärt werde. Sie könne nicht einschätzen, wie groß die Gefährdung evtl. gewesen sei. Hierzu müssten Fachleute der Bezirksregierung eine Stellungnahme abgeben.

Frau Gaußelmann teilt mit, dass sie sich mit der Bürgermeisterin zusammensetzen werde.

Herr Dittrich stellt fest, dass noch einiges aufzuarbeiten ist und kommt auf den Antrag des Herrn Hövener zurück, die Ausführungen heute zur Kenntnis zu nehmen und die Verwaltung zu beauftragen, bei der Bezirksregierung eine Klärung herbei zu führen und nach Vorliegen einer Stellungnahme die Angelegenheit erneut auf die Tagesordnung zu setzen. Herr Kortmann habe den Antrag dahingehend ergänzt, dass auch die Fachfirma über die Feststellung der Mängel informiert werden soll.

Herr Hövener fügt hinzu, dass die Bezirksregierung auf die Unsicherheit und Unruhe an der Schule hingewiesen und um zeitnahe Stellungnahme gebeten werden sollte.

Herr Tauber regt an, dass die Eltern von der Bürgermeisterin und der Schulleiterin mit Hilfe des Gutachters Herrn Fels aufgeklärt werden sollen.

Dem Antrag des Herrn Hövener mit den o. a. Ergänzungen wird **einstimmig** zugestimmt.

Vor der Beratung des nächsten Tagesordnungspunktes wird die Sitzung für 10 Minuten unterbrochen.

2. **Vorstellung des Entwurfes der Schulentwicklungsplanung für die Sekundarstufe I**

Herr Dittrich schlägt in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit vor, den Schulentwicklungsplan heute nicht zu diskutieren, sondern den Tagesordnungspunkt als Einbringen des Planes zu sehen. Sicherlich müsse der Schulentwicklungsplan auch noch in den Fraktionen beraten werden.

Herr Messing stellt die wesentlichen Zahlen und Daten des allen vorliegenden Entwurfes des Schulentwicklungsplanes vor. Er weist darauf hin, dass die Schulraumbilanz für die Realschule noch angefügt werde.

Frau van der Wielen fragt nach, ob Daten darüber vorliegen, wie viele Grundschüler mit einer Hauptschulempfehlung bzw. Realschulempfehlung zur Gesamtschule gewechselt haben.

Er könne lediglich sagen, wie viele Schüler insgesamt die Gesamtschule gewählt haben, so Herr Messing. Hinzu kämen noch 5 – 6 Schüler, die jährlich von der Friedensschule in Münster aufgenommen werden. Bei der Gesamtschule könne nachgefragt werden, mit welchen Empfehlungen sich die Schüler dort angemeldet hätten. Grundsätzlich werde aber fast zu 90% die höhere Schulform, die empfohlen werde, ausgewählt.

Frau Rawe erkundigt sich nach Vergleichszahlen der Grundschulabgänger im Schuljahr 2006/07 zu denen des Schuljahres 2007/08.

Herr Messing teilt mit, dass dies in 2006/07 rd. 145 gewesen seien und die Anzahl im Jahr 2007/08 auf 165 angestiegen sei.

Frau Rawe hält es im Hinblick auf die Zahlen der letzten beiden Jahre nicht für realistisch, für die kommenden Jahre für die Hauptschule ein Übertrittsverhalten von durchschnittlich 22% zugrunde zu legen. Es wäre nach ihrer Meinung sinnvoller von 18 oder 20% auszugehen.

Herr Messing macht deutlich, dass zurzeit noch keine Kommune im Umkreis, der Hauptschule ein Schulwahlverhalten von unter 20% attestiere.

Auf Wunsch von Herrn Tauber wird dieser Niederschrift die aktuelle Bevölkerungspyramide beigefügt (Anlage 2).

Herr Messing erläutert auf Nachfrage von Herrn Tauber, dass in der Schülerzahlenprognose die Zahlen unter Berücksichtigung der Verschiebung der Einschulungstichtage bis zum Schuljahr 2012/13 bereits berücksichtigt worden seien. Er sagt zu, zur nächsten Beratung des Schulentwicklungsplanes die entsprechenden Zahlen für die Schuljahre nach 2012/13 vorzulegen.

Herr Dittrich schlägt vor, den Schulentwicklungsplan in der nächsten Schul- und Sportausschusssitzung zu beraten. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

3. **Einrichtung der Ganztags Hauptschule in Billerbeck hier: Änderung des Bau- und Sanierungskonzeptes**

Frau Dirks macht vorab deutlich, dass der Vorschlag, auf Teile des zweiten Bauabschnittes zu verzichten, nicht unterbreitet werde, weil an anderer Stelle Mehrkosten entstanden seien. Vielmehr gehe dieser Vorschlag auf die Zahlen des Entwurfes des Schulentwicklungsplanes zurück. Aus Sicht der Verwaltung könne die Hauptschule ihre Aufgaben auch erledigen, wenn die beiden Räume im Obergeschoss zurzeit nicht gebaut würden. Sollte das hier anders gesehen werden, dann sehe sich die Verwaltung aber auch in der Lage, das beschlossene Raumkonzept durchzuführen.

Herr Albert stellt die Maßnahmen des zweiten Bauabschnittes detailliert vor.

Frau Kratz erinnert daran, dass Frau Gaußelmann deutlich gemacht habe, dass sie die beiden Räume u. a. für die integrativen Klassen benötige.

Frau Gaußelmann erläutert, dass manche Kinder eine „Auszeit“ benötigten, so dass dringend ein ausreichend großer Ruheraum gewünscht werde. In Klasse 5 würden von 30 Kindern 7 integrativ beschult. Diese Kinder würden in Deutsch, Englisch und Mathematik getrennt unterrichtet. Hierfür würden ständig zwei Räume genutzt, darüber hinaus würden zusätzliche Räume für Fördergruppen benötigt. Frau Gaußelmann macht deutlich, dass auch im Hinblick auf zurückgehende Schülerzahlen diese Räume für die Integration dringend benötigt würden. Des Weiteren sei der Streitschlichterraum kürzlich eingerichtet worden. Dieser Raum sei jetzt verloren gegangen, so dass für die Streitschlichter und die Schülermitverwaltung kein zusätzlicher Raum zur Verfügung stehe. Darüber hinaus baue Herr Wittkamp einen Schulsanitätsdienst auf, für den ebenfalls ein Raum fehle. Wünschenswert wäre auch ein Raum, in dem die Karten gelagert werden können. auch dafür fehle ein Raum. Die Hauptschule sei also „ausgereizt“ bis zum Letzten. Es gebe viele Gründe, die für die Umsetzung des Raumkonzeptes sprechen und es wäre äußerst wünschenswert, wenn der zweite Bauabschnitt, wie beschlossen umgesetzt würde.

Auch wenn lt. Schulentwicklungsplan künftig weniger Schüler die Hauptschule besuchen werden und die Schule evtl. einzügig werde, so Frau Kratz, müsse in den oberen Klassen differenziert werden. Die CDU-Fraktion setze sich für die Umsetzung des zweiten Bauabschnittes aus.

Frau Rawe spricht sich ebenfalls hierfür aus. Das Raumkonzept sei verabschiedet worden und man sei es der Hauptschule schuldig, dieses auch umzusetzen. Hier stehe man im Wort. Außerdem werde mit der Integration geworben und es würden Einpendler benötigt. Wenn kein vernünftiger Unterricht erteilt werden könne, würden diese nicht kommen. Enttäuscht sei sie allerdings darüber, dass 10% Mehrkosten entstehen werden. Dennoch werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Umsetzung des kompletten zweiten Bauabschnittes mittragen.

Frau Köhler macht deutlich, dass sich auch die SPD-Fraktion für die Umsetzung des kompletten Raumkonzeptes ausspreche. Das Raumkonzept sei in langen Sitzungen mit Lehrern und Schülern erarbeitet worden, sie sehe keinen Grund dieses jetzt zu ändern und ausgerechnet auf die Ruhe- und Förderräume der integrativen Kinder zu verzichten.

Frau Gaußelmann weist ergänzend darauf hin, dass auf die Hauptschule im Rahmen der Einrichtung der Ganztagschule viele zusätzliche Aufgaben zugekommen seien. Auch vor diesem Hintergrund sei es wichtig, dass das gemeinsam erarbeitete Raumkonzept auch umgesetzt werde.

Herr Tauber bittet die Verwaltung, die entstehenden Mehrkosten aufzuzeigen.

Daraufhin erläutert Herr Albert, dass die Mehrkosten im Wesentlichen durch mehr Leistungen entstanden seien. Darüber hinaus hätten die hohen Auflagen des Brandschutzes, die im Dezember noch nicht bekannt gewesen seien, zu Mehrkosten geführt.

Im Einzelnen setzten sich die Mehrkosten in Höhe von insgesamt rd. 150.000,-- € wie folgt zusammen:

zusätzliche Renovierung zweier 10-er Klassen	ca. 10.000,-- €
Untersuchung und Sanierung von Grundleitungen	ca. 50.000,-- €
Brandschutzmaßnahmen	ca. 40.000,-- €
Preissteigerungen bei versch. Gewerken, neue Elektroverteilung Hausmeisterraum	ca. 48.000,-- €

Herr Tauber wirft der Verwaltung vor, desolat gearbeitet zu haben, denn das Geld sei nicht in den Ganztags, sondern in die Sanierung geflossen. Er wolle wissen, wie die Deckung der Kosten im Haushaltsplan vorgesehen sei.

Frau Dirks weist die Kritik, desolat gearbeitet zu haben, entschieden zurück. Herr Albert habe deutlich gemacht, dass man manche Dinge eben nicht im Voraus planen könne. Außerdem seien viele zusätzliche Maßnahmen zum Wohle der Schule umgesetzt worden. Des Weiteren habe die Verwaltung nie einen Hehl daraus gemacht, dass im Zuge des Umbaus zur Ganztagschule auch die Sanierung des Gebäudes angegangen werde.

Zur Deckung der Mehrkosten könne heute noch keine Aussage getroffen werden, so Herr Mollenhauer. Der Haushaltsplan werde erst in den kommenden Wochen aufgestellt.

Herr Krause weist darauf hin, dass allen bewusst gewesen sei, dass die Schule saniert werden müsse. Er stelle den Antrag, das Raumkonzept so umzusetzen, wie es vorgesehen war und bitte um Abstimmung.

Herr Mollenhauer erläutert, dass darüber hinaus auch das im Umwelt- und Denkmalausschuss vorgestellte Energiekonzept weiter umgesetzt werden sollte, hierzu gehöre die Umstellung der Energieversorgung der Hauptschul-Turnhalle. Hierfür seien Kosten in Höhe von rd. 100.000,-- €

veranschlagt.

Herr Krause wirft ein, dass es heute um das Raumkonzept gehe. Die weiteren Schritte sollten in einer Vorlage für die nächste Sitzung dargestellt werden.

Herr Dittrich lässt über den Antrag des Herrn Krause, das beschlossene Raumkonzept umzusetzen, abstimmen. Dem Antrag wird **einstimmig** zugestimmt.

4. **Mitnutzung der Stufenräume an der Don-Bosco-Hauptschule durch das Jugendzentrum**

Herr Messing macht deutlich, dass der Vorschlag der Mitnutzung der Stufenräume durch das Jugendzentrum eine Diskussionsgrundlage sein sollte. Unter Bezugnahme auf die Sitzungsvorlage legt er dar, wie es zu dieser Überlegung gekommen sei. Sowohl seitens der Schule als auch seitens des Jugendzentrums gebe es nicht nur Zustimmung. Dennoch sollte versucht werden, Synergieeffekte aus Schul- und Jugendsozialarbeit zu ziehen.

Frau Kratz befürchtet, dass es Probleme geben könne, wenn die Stufenräume morgens von Schülern und nachmittags von Jugendlichen für die Freizeitgestaltung genutzt werden. Die Mitnutzung könne aber auch die Chance bieten, einen Schulsozialarbeiter für die Hauptschule zu bekommen. Sie wisse aus eigener Erfahrung, dass Schulsozialarbeiter eine große Hilfe seien und diese im Rahmen der kapitalisierten Mittel nur für einen begrenzten Zeitraum beschäftigt werden können. Über das verwaltungsseitig vorgeschlagene Konzept sollte nachgedacht werden.

In der Sitzungsvorlage werde der Eindruck erweckt, so Frau Köhler, als ob es bereits Städte und Gemeinden gebe, die ein solches Konzept bereits umgesetzt hätten. Sie habe entsprechend recherchiert, aber keine Gemeinde gefunden, in der Räumlichkeiten der Schule von einem Jugendzentrum mitgenutzt werden. Sie sehe eine gemeinsame Nutzung z. B. im Hinblick auf die Schadensfeststellung als schwierig an. Wenn es diesbezüglich keinen Ärger geben sollte, müsse jeden Abend eine Übergabe stattfinden.

Frau Wobben berichtet, dass die Konzeptgruppe eine gemeinsame Nutzung ebenfalls kritisch sehe. Außerdem müsse ihres Wissens die Entscheidung auch von der Schulkonferenz mitgetragen werden. Sie wirft die Frage auf, warum die Zusammenarbeit von Schulsozialarbeit und Jugendsozialarbeit in Billerbeck an die Nutzung gemeinsamer Räumlichkeiten gebunden sei.

Bzgl. der Einrichtung der Stufenräume sei der Konzeptgruppe im Vorhinein viel Druck gemacht worden. Dann habe man ihnen mitgeteilt, dass die heutige Entscheidung abgewartet werden sollte. Damit sei die Bestellung der dringend benötigten Einrichtungsgegenstände blockiert worden. Es sei sehr schwierig, die Schüler den ganzen Tag über zu halten. Draußen

sei es kalt, sie wüssten nicht wohin mit den Schülern in der Mittagspause.

Herr Messing gesteht ein, dass man mit der Einrichtung des Stufenraumes für die Klassen 5/6 schon hätte weiter sein können und müssen. Bzgl. der von der Konzeptgruppe vorgelegten Wunsch-Einrichtungsliste müssten aber noch Detailfragen abgeklärt werden. Außerdem reiche das Budget nur für die Einrichtung eines Stufenraumes aus, wenn die Wunschliste der Konzeptgruppe zugrunde gelegt würde. Auch diesbezüglich müsse noch eine Abstimmung erfolgen.

Frau Dirks macht zum Thema Räumlichkeiten deutlich, dass die Stufenräume grundsätzlich der Schule zur Verfügung stünden; die Stadt als Schulträger könne über die Nutzung der Räume nach Schulschluss entscheiden, ohne dass die Schulkonferenz beteiligt werden müsse. Die Idee der Mitnutzung sei entstanden, weil die Stufenräume nachmittags leer stünden. Man sollte darüber nachdenken, ob man diesen Weg gehen könne. Dies wäre auch ein Schritt in Richtung „Öffnung der Schule“, ähnlich wie beim Familienzentrum im Kindergarten Oberlau.

Frau Gaußelmann weist darauf hin, dass es im europäischen Ausland, z. B. in Schottland solche Kooperationen bereits gebe und eine Vernetzung sinnvoll sein könnte. Ob diese auch hier möglich wäre, müsse genauer untersucht werden. Wenn es dabei bliebe, dass in diese Richtung zunächst nur weiter gedacht werde, dann wäre das kein Nachteil.

Frau Rawe stellt fest, dass niemand etwas dagegen habe, wenn weitere Überlegungen angestellt würden und damit Geld gespart werden könne. Die Konzeptgruppe, die sich damit beschäftige, sollte öffentlich sein, damit sich viele beteiligen können und man ein breites Bild bekomme und nicht plötzlich wieder der Schulfrieden gestört werde. Sie könne zwar verstehen, dass nach Einsparungen gesucht werde, es könne aber auch nicht richtig sein, das Konzept nur durchzuziehen, um Geld zu sparen.. Es müsse auch für die Jugendlichen eine vernünftige und für sie ansprechende Lösung dabei herauskommen.

Herr Tauber wirft die kritische Frage auf, was denn Räume nützten, wenn sie nicht eingerichtet seien. Die Möbel müssten schnellstmöglich bestellt werden. Außerdem könne die Diskussion über eine Mitnutzung nicht nur in einem Gremium geführt werden, u. a. müsse das Jugendzentrum und der Jugendbeirat beteiligt werden. Im Übrigen handele es sich um eine Schule, in der zuallererst Schule stattfinden müsse, alles andere sei zunächst nur wünschenswert. Wenn es aber machbar sei, dann begrüße er es auch.

Den o. a. Ausführungen des Herrn Messing entgegnet Frau Wobben, dass die Konzeptgruppe damals aufgefordert worden sei, eine Wunschliste für die Einrichtung der Stufenräume zu erstellen. Sie hätten auch nachgefragt, wie viel Geld hierfür zur Verfügung stünde. Ihnen sei gesagt worden, dass sie erst die Liste erstellen sollten und man dann sehe, was umgesetzt werden könne. Trotzdem hätten sie aber nicht so geplant, als stünde viel Geld zur Verfügung. Sie hätten den Eindruck, als ob sie hin-

gehalten würden. Die Räume seien fertig und würden nicht eingerichtet.

Herr Krause bekräftigt, dass die Räume schnellstmöglich eingerichtet werden müssen. Er stelle den Antrag, unabhängig von der Einrichtung der Stufenräume, die Verwaltung zu beauftragen, Gespräche bzgl. der gemeinsamen Nutzung zu führen und dem Ausschuss ein Konzept vorzustellen.

Frau Köhler hält es für wichtig, dass endlich wieder Ruhe an der Schule einkehrt. Es sei unglaublich, wenn jetzt wieder ein neues Fass aufgemacht werde, das wieder für Unruhe an der Hauptschule sorgen werde. Und wenn die Schulsozialarbeiterin gleichzeitig Jugendsozialarbeiterin sei, dann fehlten nur noch die Betten, denn dann könnten sich die Jugendlichen von 8:00 bis 22:00 Uhr in der Hauptschule aufhalten.

Herr Dittrich stellt den o. a. Antrag des Herrn Krause, die Verwaltung zu beauftragen, ein Konzept sowohl in rechtlicher als auch in sachlicher Hinsicht bzgl. der Möglichkeit der Kooperation und der Mitnutzung der Räume zu erstellen und dem Ausschuss vorzulegen zur Abstimmung. Dem Antrag wird mit **8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme zugestimmt**.

5. Mitteilungen

5.1. Zentrale Abschlussprüfungen - Frau van der Wielen

Frau van der Wielen teilt mit, dass die Ergebnisse der zentralen Abschlussprüfungen vorlägen. Die durchschnittlichen Ergebnisse der Realschüler Billerbecks im Vergleich zu allen Realschulen in NRW stellten sich wie folgt dar:

	Städt. Realschule Billerbeck	Landesdurchschnitt
Deutsch	2,9	3,1
Mathematik	2,1	2,8
Englisch	2,3	2,8

5.2. "Kein Kind ohne Mahlzeit" - Herr Messing

Zur Nachfrage von Frau Rawe in der letzten Schul- und Sportausschusssitzung bzgl. der Bezuschussung von Mittagessen von Hartz IV-Empfängern berichtet Herr Messing, dass die Stadt Billerbeck im Rahmen dieses Programmes 4.000,-- € beantragt habe. Bekanntlich könnten bedürftige Kinder an Ganztagschulen einen Zuschuss zum Mittagessen vom Land und der Kommune erhalten. Der Anteil der Stadt Billerbeck werde nach Rücksprache mit der Sparkassenstiftung für 2 Jahre von dort übernommen.

6. Anfragen

6.1. Brandmeldeanlage der Hauptschule - Herr Heuermann/Herr Tauber

Herr Heuermann führt an, dass die Brandmeldeanlage der Hauptschule nicht zur Kreisleitstelle Coesfeld aufgeschaltet, sondern über Handy zu den Hausmeistern laufen soll. Er fragt nach, wie das ablaufen solle, wenn Alarm ausgelöst werde und die Hausmeister nicht in der Schule seien und ob die Hausmeister eine konkrete Anweisung erhielten, sofort die Feuerwehr anzurufen.

Herr Tauber wirft ein, dass es dann konsequent wäre, wenn die Hausmeister auf Bereitschaft gesetzt würden.

Herr Erfmann erläutert, dass es eine Rufweitschaltung auf 4 Handys, u. a. der Hausmeister gebe. Er gehe davon aus, dass einer dieser Mitarbeiter im Alarmfall erreichbar ist. Eine Erweiterung auf mehrere Handys sei jederzeit möglich.

Herr Mollenhauer ergänzt, dass eine Aufschaltung zur Kreisleitstelle Kosten in Höhe von ca. 3.000,- € /Jahr verursachen würde. Im Übrigen gebe es bei den anderen städt. Gebäuden der Stadt im Falle eines Brandes überhaupt keine Benachrichtigung.

Herr Tauber wirft ein, dass entweder die Bereitschaft bezahlt oder eine Aufschaltung zur Kreisleitstelle erfolgen müsse.

Herr Dittrich schlägt vor, über die Angelegenheit in der nächsten Sitzung zu diskutieren.

Hiermit erklären sich die Ausschussmitglieder einverstanden.

6.2. Qualitätsoffensive Hauptschule - Herr Tauber

Herr Tauber führt an, dass das Programm „Qualitätsoffensive Hauptschule – Einführung des gebundenen Ganztagsbetriebes“ mit 3 Mio € überzeichnet sei. Seitens des Landes sei mitgeteilt worden, dass sich die Fördermodalitäten in Zukunft ändern werden, was eine Verschlechterung der Gemeinden nach sich ziehe. Herr Tauber fragt an, ob auch die Stadt Billerbeck hiervon betroffen sei.

Das wird von Herrn Messing mit dem Hinweis verneint, dass ein rechtsgültiger Zuwendungsbescheid vorliege, in der die Höhe der Zuwendung garantiert sei.

Hans-Jürgen Dittrich
Ausschussvorsitzender

Birgit Freickmann
Schriftführerin